

Arbeiterzeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 25 Pfg. Durch den Briefträger 1.40 Pfg. für die Woche, 8.10 Pfg. für den Monat. Durch die Post 8.10 Pfg. für den Monat. Postfachkonto Nr. 22645, Sozialistischer Verlag, c. u. m. v. G., Dresden. Fernsprech-Zentrale: Ring Nr. 22 77

Mittwoch, den 22. Juni 1921

Angeklebter: Die 8. Ausgabe der Schlesischen Arbeiterzeitung oder deren Inhalt 0.90 Pfg. stellen u. a. Wohnungslosengeld, Familienunterstützung, Vereins- und Vereinstätigkeiten 0.40 Pfg. Kellern: Die Schlesische Arbeiterzeitung, 2. Ausgabe, über den Postweg 0.90 Pfg.

„Totengräber“ der Arbeitsgemeinschaft

Der Bergarbeiterstreik im Waldenburger Revier hat mit einer Niederlage der Arbeiter geendet. Die Führer des Bergarbeiterverbandes und die „Schlesische Bergwacht“ erklären, daß die Erfolge des Streikes, gemessen in der Zusammenfassung und Kampfesfähigkeit des Niederschlesischen Proletariats, ganz gute seien. Insbesondere gehen sie damit krebien, daß ja der „Erfolg“ des letzten Kampfes erst am 1. Juli in Erscheinung trete. Am 1. Juli soll den Bergleuten eine Schichtzulage von fünf Mark gegeben werden. Wenn wir schon feststellen, daß die Bergleute seit 9 Monaten keinerlei Lohnerhöhung mehr bekommen haben, trotzdem die Lebens- und Verdienstkosten bedeutend gestiegen sind, wenn wir ferner feststellen, daß durch die neuen Steuern, die die deutsche Regierung auf Grund des angenommenen Ultimatums dem Volke beschert, diese vorläufig noch in der Luft hängenden fünf Mark doppelt und dreifach den Arbeitern wieder abgenommen werden, dann erkennen wir, daß unser Standpunkt richtig ist, wenn wir sagen, daß die Bergleute in wirtschaftlicher Beziehung nichts erreicht haben.

Wir Kommunisten haben alle Kämpfe, wirtschaftlicher und politischer Natur, im allgemeinen Zusammenhang zu erkennen. Aus diesen Gründen verlangen wir auch, und haben dies in unserem „Offenen Brief“ und danach immer wieder gesagt, daß die Arbeiterklasse, dem Kapital nur dann mit Erfolg entgegentreten kann, wenn es sich zunächst in den einzelnen Industriezweigen, dann insgesamt zusammenfindet, um in einheitlichen Lohnkämpfen dem Unternehmertum entgegenzutreten.

Wenn wir Kommunisten auch im Waldenburger Streik gefordert haben, daß die Bergleute sich in den anderen Revieren, insbesondere in Rheinland-Westfalen, solidarisch erklären sollen, gingen wir von diesen Voraussetzungen aus. Es ist die Taktik der Unternehmer, ein Industriegebiet nach dem andern, eine Berufsgruppe gegen die andere auszuspielen.

Die Unternehmer sind zur Offensive übergegangen in ganz Deutschland, um den Lohnabbau durchzuführen, um den Achtstundentag zu durchbrechen. Dies wird bestätigt durch ein Rundschreiben des Deutschen Unternehmerverbandes an seine einzelnen Organisationen. In diesem Rundschreiben wird verlangt, daß keinerlei Lohnsteigerungen gebildet werden dürfen. Es muß ferner versucht werden, die Akkordarbeit reiflos durchzuführen. Die 48-Stundenwoche ist reiflos einzuhalten. Ueberstunden und Ueberleistungen sind im weitesten Umfange einzulegen. In diesem Rundschreiben wird ferner gefordert, daß der Lohnabbau umgehend einzuführen habe. Als die ersten Industriezweige sollen der Bergbau und die chemische Industrie barankommen. Damit man eine Arbeiterfront gegen die andere ausspielen kann, wird empfohlen, zunächst die Löhne der ungeheuren Arbeiter, dann die Löhne der ledigen Arbeiter herunterzusetzen.

Die Breslauer „Volksmacht“ bringt dieses Rundschreiben und sagt dazu, daß es überflüssig sei ein Kommentar dazu zu schreiben. Jeder Arbeiter werde daraus die Lehren ziehen. Wir sind überzeugt, daß dies der Arbeiter tut. Wir werden aber dafür sorgen, daß der Schluß ein anderer ist, als es die „Volksmacht“ annimmt.

Die Sozialdemokraten haben gemerkt, daß die Annahme des Ultimatums und die Durchführung desselben durch eine bürgerliche Regierung, bedeutet eine ungeheureliche Mehrbelastung des arbeitenden Volkes mit direkten und indirekten Steuern. Sie haben ferner gemerkt, daß die kapitalistische Wirtschaftsweise, daß das Verstehen derselben unter den Bedingungen der Wiedergutmachungsfordernungen unmöglich ist, wenn die Arbeiter unter denselben Löhnen, ja mit herabgesetzten Löhnen nicht acht Stunden, sondern zehn und zwölf Stunden arbeiten muß.

Trotzdem haben sie nichts getan, um bei ihrem Wiedereintritt in die Regierung ultimativ von der kapitalistischen Gesellschaft die Existenzmöglichkeit des Proletariats zu sichern. Die Sozialdemokraten wollen nach Möglichkeit dafür sorgen, daß vor der ungeheuren Belastung des arbeitenden Volkes mit neuen Steuern, die Besitzenden zuvor geschöpft werden.

Die Arbeiter haben den Erfolg dieser „Schöpfungen“ gesehen beim Reichsnotopfer, bei der Kriegsgewinnsteuer, bei der Vermögensabgabe.

Die Grundbesitzerkapitalisten sollen belastet werden mit einer Anleihe von 20 Prozent des Wertes ihrer Grundstücke und Häuser. Schon ist die Abwälzungsmaschine da, die diesen Betrag auf die Mieter „umlegt“. So wird es gehen mit der Umsatzsteuer usw.

Die „Schlesische Bergwacht“ und die Führer des Bergarbeiterverbandes haben sich eingestellt auf ein harmonisches Zusammenarbeiten mit den Kapitalisten, mit der bürgerlichen Gesellschaft. Für sie ist das Wort August Bebel's nicht mehr maßgebend, daß „die bürgerliche Gesellschaft der Todfeind der Arbeiterklasse ist“. Diese

Nieder mit Orgeß!

Noch immer werfen sich die Mehrheitssozialisten zu Verteidigern der gegenwärtigen Republik auf, noch immer suchen sie den Arbeitern vorzuschwären, daß diese Ebert-Republik eine „Volks-Republik“ sei.

Und dabei lehrt es die Arbeiter jeder Tag aufs neue, daß diese deutsche Republik von einer „Volksrepublik“ noch ebenso weit entfernt ist, wie der alte monarchische Staat zu Wilhelms Zeiten.

Noch immer sind die Arbeiter die Ausgebeuteten. Noch immer gibt es Arme und Reiche, Hungernde und Ueberfette. Nicht der Wille der Ausgebeuteten entscheidet, nein, immer noch die Willkür der Ausbeuter.

Die Novemberrevolution ist in einem Meer von Arbeiterblut erkaufte worden.

An die Stelle der Fürsten und Militaristen sind die Kapitalisten getreten. Rücksichtslos übt die besitzende Klasse ihre Macht gegen die Arbeiter aus.

Nichts hat sich verändert.

Immer noch haben die Besitzenden alle Macht und allen Reichtum. Noch immer verfügen sie über alle Machtmittel des Ausbeuterstaates. Kirche, Schule, Justiz und Militär gehören zu den Machtinstrumenten der Bourgeoisie.

Und alle diese Machtmittel verwendet die besitzende Klasse dazu, die Arbeiterklasse niederzuschlagen und rechtlos zu machen. Alle Lasten eines verlorenen Krieges wälzt die Bourgeoisie auf die Schultern der Arbeiter ab. Mit aller Kraft sträubt sich die besitzende Klasse, Opfer zu bringen. Reichsnotopfer und Kapitalsteuer stehen nur auf dem Papier. Nur den Arbeitern werden die Steuern gleich vom Lohn abgezogen.

Die Arbeiter müssen bluten und sind ausgebeutete Sklaven auch in dieser sogenannten Volks-Republik.

Was Gerechtigkeit in diesem Volksstaat bedeutet, das erfuhren die Arbeiter erst in diesen Wochen. Rapp-Verbrecher wurden amnestiert. Noch in diesen Tagen wurden drei solcher Bestien vom Reichsgericht begnadigt.

Gegen revolutionäre Arbeiter aber wüten die Sondergerichte wochen- und monatelang.

Gnade kennen die bürgerlichen Richter nur Stroichen gegenüber, die als gehaupte Subjekte darauf hingearbeitet haben, daß die Reaktion ihre alte Macht wieder erhält.

Arbeiter müssen die ganze Härte der bürgerlichen Geseßgebung kennen lernen.

Arbeiter füllen zu tausenden die deutschen Gefängnisse und Zuchthäuser.

Mörder von Arbeiterführern werden begnadigt, laufen frei herum, werden nicht aufgefunden.

Der schmähliche Mord an dem U.S.P.-Führer Gareis ist noch ungeführt.

Neuchelmörder sind in diesem Ebert'schen „Volks“-Staat ganz besonders bevorzugte Menschen.

Und wenn sich die Arbeiter gegen diese dauernden Provokationen zur Wehr setzen wollen, wenn sie nichts anders tun wollen, als ihr und ihrer Führer nacktes Leben verteidigen, werden sie wegen „Bildung bewaffneter (!) Haufen“ ins Zuchthaus gesperrt.

Das ist die Gerechtigkeit im „Volks“-Staat.

Indessen rüstet die Reaktion eifriger denn je. In Oberschlesien hat sie eine gewaltige Armee zusammenge-

seloten sind in der Tat auf das Niveau der „gelben“ wirtschaftsfriedlichen Gewerkschaften der Vorkriegszeit gesunken. Dies können sie mit noch so vielen Gegenbeweisen nicht abstreiten.

Sie sind auf dieses Niveau gesunken, weil sie in dieser oder jener Verwaltungskörperschaft den einen oder anderen Bürokraten untergebracht haben. Sie geben lieber kampflös das Proletariat den Kapitalisten preis, als daß sie sich auf den Boden des Klassenkampfes zurückfinden. Ist es doch für sie von größerem Interesse, daß die Archivschranke der Gewerkschaftsbüros schon in Ruhe stehen, daß ein paar „verdiente“, langjährige Arbeiterführer eine feste Pfunde haben. Das übrige Volk wird schon durch die Einsicht und den Willkür der „Genossen in der Regierung“ nach und nach etwas bekommen.

Die „Bergwacht“ hat sich extra den Vorstehenden des Bergarbeiterverbandes den „Kameraden“ Josefmann ver-schrieben, der vom Verbandstag kommt, wo er und seine Freunde mit den demagogischen Mitteln die Kamp-fels den Segen der Arbeitsgemeinschaft mit Stimmes auf-ökroliert hat, um die Behauptungen der Kommunisten über die betrügerische Haltung der Bezirksleitung und der Sozialdemokraten zu widerlegen.

Seine Widerlegungen wird kein vernünftiger Mensch ernst nehmen. Die Tatsachen sind vorhanden, es reicht ohne

zogen, die sie eines Tages gegen Berlin marschieren lassen wird, um durch einen zweiten Rapp-Putsch eine blutige Säbelhaktatur aufzumachen.

Gegen Arbeiter, die eine Rote Armee gegründet haben sollen, verhandelt man vor Sondergerichten, wie in diesen Tagen in Breslau.

Die Reaktionäre aber schließen sich fest in militärischen Formationen zusammen.

Trotz allem Verbot triumphiert Orgeß noch immer!

Ja, wie das schlesische Orgeßblatt, die „Tagespost“, vom Sonnabend meidet, wurde vom Breslauer Bezirksaus-schuss

die Rechtsgültigkeit der Orgeß für Schlesiens bestätigt.

Wagt ein Sozialdemokrat diese Zustände noch immer gerecht zu nennen? Ist das ein Volksstaat, in dem Arbeiter wegen gleicher „Verbrechen“ ins Zuchthaus kommen, für die Reaktionäre begnadigt werden?

Arbeiter und Bauern Schlesiens.

Wollt Ihr Euch noch länger von den Orgeßbanditen auf dem Kopf herumtrampeln lassen? Diese neueste Rechtsgültigkeitserklärung der Orgeß muß den energischsten Protest der gesamten Arbeiter und Bauern-schaft Schlesiens auslösen.

Orgeß darf nicht triumphieren.

Was bedeutet dieser Beschluß des Breslauer Bezirksaus-schusses?

Die Orgeß schlägt bereits von Oberschlesien her ihre ersten Vorposten ins Land.

Der Arbeitermord soll beginnen!

Während die Orgeßbanditen in Oberschlesien die Arbeiter abwürgen und sich fegend und brennend ins Land wälzen, soll der „Heimatschutzverband“ die nötige Vorarbeit unter den Arbeiterführern im übrigen Schlesiens verrichten.

Der Heimatschutzverband wird nicht aufgelöst, weil seine Pistolen gegen die Arbeiterführer losgehen sollen.

Arbeiter Schlesiens!

Wollt Ihr immer noch warten und untätig zusehen, wie Orgeß sich eine Stellung nach der anderen erobert? Wollt Ihr die Banditen erst dann zum Teufel jagen, wenn es auch

in Schlesiens wie in Bayern zum Wort gekommen ist?

Arbeiter Schlesiens!

Jetzt endlich muß es genug sein! Diese neue Provokation dürft Ihr nicht so ruhig hinnehmen.

Die Reaktion marschiert in Schlesiens auf. Die Orgeß-Front schiebt sich nach Mittelschlesiens.

Der Heimatschutzverband ist für Schlesiens rechtsgültig. Geschlossen muß das gesamte Proletariat Schlesiens der Orgeß seine Einheitsfront entgegenstellen!

Sammelt sich die Bourgeoisie im Heimatschutzverband, muß sich das Proletariat zum proletarischen Selbstschuß-verband zusammenschließen.

Die Rappisten gehen zum Angriff vor! Gebt den Arbeitern Waffen!

Nieder mit Orgeß!

weiteres fest, daß durch die Denunziation der „Bergwacht“ und dadurch, daß sie den Kommunisten „Putschabsichten“ und anderes unterschoß, die Sipo nach dem Revier kam, daß die Kommunisten verhaftet wurden. Es ist auch wahr, daß Wertmüller unter dem Schutze der Polizei mit den Streikenden verhandelte. Sie können jetzt leicht sagen, daß die Polizei von selbst gekommen ist. Es spielt keine Rolle ob die Bergarbeiter „führer“ mit den Grubenbaronen oder Generaldirektoren per Sie oder per Du verkehren. Durch die Bänden der Arbeitsgemeinschaft sind sie ein Herz und eine Seele.

Wenn die „Schlesische Bergwacht“ in ihrem Artikel von „Kommunistischen Totengräbern“ schreibt, dann hat sie in einer Art recht. Wir werden die Führerclique in den Verbänden und die nach der Regierungsfutterkrippe lüfternen Sozialdemokraten in ein großes Massengrab legen.

Das von diesen Leuten befreite Proletariat wird an diesem Grabe fröhlich Urstand feiern. Es wird befreit von diesem Ballast, die ihre Organisationen ihre ungeheure, bisher unausgenützte Macht benutzen, um die kapitalistische Mißwirtschaft zu beseitigen.

Es wird aufbauen eine Gesellschaftsordnung, die es jedem der Menschennantitz trägt und mithilft an der Erzeugung aller Werte, ertüchtigen, diese Werte zu ge-nützen.

Die geprellten Preiser.

Die Entente verbietet Kohlepreiserhöhung.

Der „Temps“ meldet, daß die Preisfestsetzung für die deutsche Kohle nach einem Beschlusse der alliierten Sachverständigen in Paris auch dann nicht erhöht werden dürfe, wenn Deutschland den Preis für seinen Inlandsbedarf auf das Doppelte und Preiskauf hinaussetzen würde.

Der Einspruch der Alliierten gegen die von der deutschen Regierung geplante Erhöhung der Kohlenpreise erschüttert die Grundlage des Planes, den sich die deutschen Kapitalisten ausgedacht haben, um die Folgen der Wiedergutmachung abzumildern.

Das Hauptstück des Planes ist, daß auf diese Weise die deutschen Kapitalisten durch eine indirekte Steuer, die in vollem Umfange auf die Arbeiterschaft abgewälzt wird, von der Zahlung von Besitzsteuern befreit würden.

Die Entente hat die von der deutschen Regierung beabsichtigte Preiserhöhung nicht durchschaut. Sollte der Plan verwirklicht werden können, so wäre es den deutschen Unternehmern nämlich gelungen, die Arbeitslöhne bei einem Teil der Arbeiterschaft stabil zu lassen oder gar zu erhöhen.

Das wahre Gesicht der Demokratie.

SPD und USPD suchen die Arbeiterschaft von dem energischen Kampfe gegen das Bürgerrecht ablenken, indem sie immer wieder auf die Vorteile der Demokratie hinweisen, die das Proletariat nach und nach ohne Annäherung von Gewalt in den Besitz der Macht bringt.

Nach der Haltung, welche die Kommunisten bei den letzten Wahlen gezeigt haben und ihrer fortgesetzt in Wort und Schrift bekundeten auf den gewalttätigen Umsturz der bestehenden Ordnung gerichteten Propaganda können Anhänger dieser Richtung nicht für geeignet erachtet werden, ein wichtiges revolutionäres Amt in der Staats- oder Gemeindeverwaltung, insbesondere das eines Landrats, Amtsvorstehers, Bürgermeisters oder Gemeindevorstehers zu bekleiden.

In dem offiziellen Kommentar zu diesem Erlaß wird ganz offen und ehrlich erklärt, daß man den Kommunisten keine einflußreichen Stellen einräumen dürfe wegen der mit solchen Ämtern verbundenen Machtmittel.

Der bürgerliche Staat, der sich keiner Machtmittel mit besonderer Rücksicht gegen die Kommunisten bedient, fürchtet also, daß sich in der Hand von Kommunisten ebenfalls eine gewisse Macht konzentrieren könnte. Er prüft auf alle Demokratie, sobald keine Machtmittel dadurch erschüttert werden können und bedient sich der Kömer Phrasen von der Demokratie nur, um mit Hilfe der SPD und USPD, bei Wahlen die Arbeiter von klarer Zielvorgabe abzuhalten.

Ein rechtssozialistischer Stadtrat von der Orgelei ermordet!

Am 8. Mai und in den folgenden Tagen wurde in Esel und in den Kreisen Neustadt, Roßbach, Obergl. zu und Anselm eine große Anzahl von Reichsangehörigen deutscher Nationalität von Angehörigen der in Bildung kooperativen Freihauses unter Androhung sofortiger Verhaftung aus ihren Wohnungen gewaltsam vertrieben. Bei der Ankunft in Reims wurden die Verhafteten, die für politische Gefangene gehalten wurden, von einer erregten Menschenmenge schwer mißhandelt, wobei der sozialistische Stadtrat Stein aus Esel getötet wurde.

Die Führer und Mitglieder, die in dieser Angelegenheit der Arbeiterpartei beistanden haben, sind von den Führern der „Rechts“ und „Arbeits“ so viel freundliche Worte übergeben.

Der grünenhafte Kohl Stein muß nach dem rücksichtslosen Arbeiter endlich zeigen, wohin die Reise geht. Die Orgelei ist im besten Zuge, den Horchhörtor im Deutschland aufzurichten.

Dem deutschen Proletariat bleibt demgegenüber nur eins übrig: Es muß sich zusammenschließen und die Unrechtsbanden entwirren. Es muß den proletarischen Selbstschutz schaffen.

Kleine Zeilbilder aus der Oberrepublik.

Der Hauptausfluß des preussischen Landtags verhandelt am 19. Juni, über den Etat des Saners für 1921.

Der Reichstag hat die gewöhnliche Steigerung der Ausgaben in den Jahren 1919, 20 und 21, die 155 Millionen, 2300 Millionen bzw. 3170 Millionen betragen, heute nur eine Erhöhung von 50, 150 bzw. 200 Millionen genehmigt, so daß für 1921 ein Überschuß von 870 Millionen erzielt wird.

Aus der Fülle des zur Kritik stehenden einzelnen Materials wählten wir nur ein Beispiel, daß z. B. zwei im Etat eingestellte Oberlandräger im Interesse der Firma Kopp Mühl sind.

Die Debatte leitete der Reichssozialist Krüger ein, dessen Kritik sich vorwiegend auf die veralteten Verwaltungsverfahren

Reichstagsabstimmung vom 20. Juni 1921.

Abg. Boglitz (Dn.): Die Mordtat wird der Regierung sehr nur beizulegen in die Schuhe geschoben, weil diese in der Schlacht sich als Lärm der Ordnung erwiesen hat. Die Regierung, die der Mord und die Mordtat, wird sich durch keine Angriffe betören lassen. Der Reichstagsrat wird die Religion und die Gesellschaftsordnung gewaltsam umstürzen. (Lachen auf der ganzen Bank.)

Abg. v. Schöck (D. Sp.): Es ist noch kein Beweis dafür gebracht worden, daß es sich bei dem Mord um eine politische Tat handelt. Der Reichstagsrat hat in seiner Rede jede Objektivität vermissen lassen. Für die Sühnung des Mordes ist allein das Gericht zuständig.

Abg. Hamm (Dem.): Wir wollen verständig und ausgleichend wirken nach rechts und auch nach links. Solange für die Feststellung des Mörders keine Anhaltspunkte gegeben sind, hat man zu schweigen. Wie lange soll die Bedrohung der Ordnung auch aus den Reihen der Sozialisten noch währen? Wir rufen mit dem Reichstagsrat alle zu gemeinsamem Tun auf, die guten Willens sind.

Abg. Kemmle (Komm.):

Abg. Hamm hat hier erklärt, daß man den Bayern in dreitägigen Verhandlungen hier im Reichstag gar keine Bedeutung beilegen werde. Das ist richtig und das bedeutet die Konfiskation des Parlamentarismus. Das bedeutet, daß die Bourgeoisie erkennt, daß Mosolow und Handgranaten viel realere Machtmittel sind, als die klugen Ideen der Minister. Alle die Reden, die hier gehalten werden und die Beschlüsse, die hier gefaßt werden, werden den Mord an Garis und alle die trivialen Arbeitermorde nicht aus der Welt schaffen, sondern einzig und allein jene realen Machtmittel können uns helfen, die wir jenen Mordgefeilen entgegenzusetzen haben. Nur die Macht der Arbeiterklasse kann diesen Zuständen ein Ende machen.

Wenn Abg. Hamm erklärt hat, daß der legale Staatsgedanke in Bayern Fortschritt nicht, so laßt darüber doch ganz Deutschland.

Nicht nur die verpetende Hehe der bairischen Presse, auch dieses Haus hier trägt die Verantwortung an der Mordtat. Wir haben hier schon vor einigen Monaten Wandel in den bairischen Verhältnissen verlangt. Damals hat das Haus die Zustimmung gegeben, daß das Regiment zu weitergeführt werde. Der Redner unserer Partei, der zu dieser Frage gesprochen hat, bekam deswegen eine große Anzahl von Drohbriefen, von denen ich einen hier habe. Ich stelle unter Beweis vor jedem Gericht, daß dieser Brief aus der Mordzentrale im Büro des Polizeipräsidenten Pescher in München kommt. Die Polizei selbst steht im engen Zusammenhang mit dem Mord. Man kann lange warten, bis sie den Täter gefunden hat. Die Rechte behauptet, die kommunistische Presse habe durch ihre Hehe die letzte Stimmung in Bayern erzeugt. Inzwischen kann in Bayern seit Monaten überhaupt keine kommunistische Zeitung erscheinen.

und es kann dort keine verbreitet werden. Situationen von Kommunisten sind dort verboten. Kommunistische Arbeiter, die eine Konferenz in Vereinsangelegenheiten abhalten wollten, mußten sich auf württembergischen Boden begeben. Über die bayerische Polizei hat selbst dort in Ulm die Konferenz aufgehoben und die Teilnehmer verhaftet. Man hat

beschränkt. Seine Anfragen hätten sich allerdings mehr an den abwesenden Minister Severing als an Dominicus richten müssen, da fast alle vorgetragenen Fälle schon mehrere Monate zurückliegen.

Dr. Cohn (U.S.P.) ging dann ausführlich auf die Unzulänglichkeiten, insbesondere die der Polizei ein. Die rund 5000 meist russischen und polnischen Staatsangehörigen, die während des Krieges zwangsweise aus ihrer Heimat entfernt worden sind, irren nun heimatlos in Preußen umher und die preussische Regierung weiß weiter kein Mittel, als sie in Internierungslagern bei Walleruppen, Prägel und Freiheitsberaubungsunterzubringen (wofür der Staat die große Summe von 320 Mk. pro Tag und pro Kopf aufwendet). Eine sehr bedenkliche Sache bedrückt Cohn weiter auf. In den letzten 20 Jahren hat sich eine von einem Herrn von Horn geleitete russische sogenannte Fahrgastabteilung, zu der merkwürdigerweise vom Berliner Polizeipräsidenten Bahnschabe geführt werden. Ob man wirklich ein Verbandsplag nicht weiß, hat es in Berlin eine offizielle Vertretung der russischen Sowjetrepublik ist?

Nachdem der Abgeordnete Cohn noch auf den in der Presse schon mehrfach behandelten Transsibirischen Eisenbahn-Verdächtigen, meist aus S.P.S. und U.S.P. Arbeitern und Arbeiterinnen bestehend, nach dem Lager Siles gekennzeichneter hatte, zeichnere er in kurzen Strichen das Ergebnis der Reichstagsabstimmung Frau Nemitz und Herrn Kautz, in Dresden. Die beiden Abgeordneten besuchten zwecks Ausstellung eines Passes für Oberbefehligen den Herrn Dr. Spieker in Breslau. Nach Ausfertigung des Passes überreichte ihnen der Herr Nemitz Herr 5000 Mk. für die ihnen erwachsenen Kosten und Unkosten. Die beiden Abgeordneten haben dem Herrn Minister Dominicus diese Summe überwiesen und eine Anzeige über die Herkunft des Geldes, das Herr Dr. Spieker an Nemitz nicht nur ihnen übergeben, gerichtet. Eine Antwort ist nach Wissen des Abg. Dr. Cohn noch nicht erfolgt. Verzeichnend in dieser Debatte war ein Ausspruch des Abg. Leidig U.S.P. der da glückte, es ist ja nur Papiergeld.

Der Ausländer verlegte sich auf Montag, den 20. Juni 1921.

Strenge Kohlenpreise — keine „Sozialisierung“.

Die Reichsregierung wird in Kürze dem Reichstag ein Gesetz über die Erhöhung der Kohlenpreise vorlegen. Trotzdem die Wirkung einer Sozialisierung auf das Wirtschaftsgeschehen als folgenreicher angesehen ist, kann die Regierung bei der Finanzierung des Reichs auf eine solche Erhöhung nicht verzichten. Ingers Wissens kommt eine Erhöhung von mindestens ein Viertel, also auf 25 Prozent in Frage. In Fällen der Reichsregierung wird jedoch bereits von einer Erhöhung um ein halb auf 50 Prozent gesprochen.

Bei der Verteilung der Kohle um 12 1/2 % pro Tonne bei 5 Prozent und um 21—25 % Markt pro Tonne bei 10 Prozent Erhöhung wird die Konzentration der deutschen Kohle mit dem Auslandsverkehr schwer werden.

Eine Erhöhung der Kohlenpreise auf 30 Prozent wird allerdings selbst in Betracht der Preisveränderung der Regierung für unzulässig gehalten. Die stehenden Preise des Verbrauchs rechnen bei 25 Prozent Kohlenpreiserhöhung mit einer bezwungenen Weiterbeschäftigung von 2000 Mann, wenn der Bergbau vor den Experimenten der Einengung und Sozialisierung bewahrt bleibt.

Wichtig für die Angehörigen Inhaftierter!

Der preussische Justizminister hat an die Staatsanwaltschaft einen Erlaß gerichtet, worin angekündigt wird, daß den aus Anlaß der Märzkämpfe Verurteilten folgende Vergünstigungen zugesprochen werden:

- 1. Freie Kost, mit Ausnahme der kommunikativen Preise;
2. Häufigerer Besuch, insbesondere häufigerer Briefverkehr;
3. Freie Liebesgaben und sonstige Pakete in größerer Anzahl ausgeführt werden.

Das ist ein Recht, welches den Gefangenen zugestanden ist, und die Angehörigen werden gut tun, von diesem Recht ausgiebigen Gebrauch zu machen.

in Frage stellen kommunistische Landtagsabgeordnete, und von diesen sitzen vier im Gefängnis. Der einzige kommunistische Reichstagsabgeordnete aus Bayern, Thomas, sieht mit Zustimmung dieses Hauses im Gefängnis. Wenn der Reichskanzler hier davon spricht, daß die bayerische Einwohnerwehr dazu überzeuge, sich selbst zu entlassen, so ist er der Lächerlichkeit seiner Behauptung sich selbst bewußt. Die bayerische Konterrevolution, die glaubt, mit der kommunistischen Bewegung fertig geworden zu sein,

geht jetzt zum Angriff gegen die Gewerkschaften und sozialdemokratischen Parteien über.

Der Reichskanzler selbst hat hier feststellen müssen, daß die durch die konterrevolutionäre Presse geschaffene Pogromstimmung in Bayern solche Mordtaten erzeugen muß. Der Reichskanzler predigt der Konterrevolution gegenüber Vergessen und Verzeihen. Als wir aber für die politischen Vergehen der letzten Monate einen Amnestieerlaß forderten, sprachen sich die Regierung und selbst die Rechtssozialisten dagegen aus.

Jetzt verpflanzt die Regierung die berüchtlichsten Vertreter des Systems nach Norddeutschland auf die verantwortlichsten Posten. Der einflussreichste Vertreter des bayerischen Agrarismus, General Köhl, wird als Kommandeur des Reichstruppenkommandos nach Kassel versetzt. Oberst Epp soll nach Hannover beordert werden. Die famose bayerische „Legalität“ soll auf das ganze Reich übertragen werden.

Wir erwarten nichts von dieser Regierung, nichts von diesem Reichstag. Wir erkennen klar, daß diese Zustände Resultate des Bürgerkrieges sind, in dem wir uns befinden. (Sehr wohl bei den Kommunisten.) Wir wissen, daß die Revolution ein Resultat dieser Zustände sein wird. Durch alle Gänge Deutschlands werden wir immer wieder rufen: Proletariat, wenn du dich schützen willst gegen solche Schreckensfälle, dann kann es nichts anderes geben, als durch die Kraft und Macht deiner eigenen Fäuste jenes Recht und jenen Staat zu schaffen, in dem alle solche Grenel aus der Welt hinweggefegt werden. (Beifall bei den U.S.P.)

Abg. Pfeiffer (Hr.): Nur mit gegenseitiger Achtung und gegenseitigem Verständnis ist die Wiederaufrichtung des ganzen Volkes möglich.

Abg. Eisenberger (Bayern. Bauernbund): Auch ich bin für Ruhe und Ordnung, aber das darf nicht das Mißbeet sein, wo die Reaktion fonderbare Mäßen treibt.

Durch die Reaktionsäre ist unsere ganze Einwohnerwehr vernichtet worden. Ich bin kein Freund der Juden, aber die Rassenvorhebung der Deutschnationalen findet bei den Bauern keinen Anklang; denn wir wissen, daß die Junker früher die Bauern viel schärfer ausgebeutet haben als die Juden. Wir müssen alle zusammenstehen, um die Demokratie und die Republik zu schützen.

Abg. Goldmann (U.S.P.): Wenn man sieht, daß Mörder gefaßt worden sind, die man hätte lassen können, dann kann man auch wenig Vertrauen haben, daß der Mord Garis gefaßt wird. Bei revolutionären Mordern hingegen arbeiten die Gerichte mit affenartiger Geschwindigkeit. Bei dem Streit in Bayern handelt es sich um eine Demonstration gegen den politischen Mord, der das Produkt einer monatelangen nationalen Preßhysterie ist.

Das Haus verlegt sich auf Dienstag 1 Uhr.

Deutscher Städtekongress in Stuttgart.

Aktuell! Die zum deutschen Städtekongress gewählten Kommunisten kommen am Mittwoch, den 22. Juni, vormittags 11 Uhr, in Stuttgart, Geißstraße 4, Sekretariat der K.P.D., zu einer Vorkonferenz zusammen. Alle gewählten Genossen müssen unbedingt anwesend sein.

Zentrale der K.P.D. Kommunalpolitische Abteilung.

Musland.

Lügenmeldungen über Sowjet-Rußland.

Es ist kaum mehr möglich, alle Lügenmeldungen und Windbeutelereien der bürgerlichen und menschenfeindlichen Presse über Sowjet-Rußland zu registrieren. So wird alle paar Tage ein Gerücht verbreitet, daß einer der kommunistischen Führer Sowjet-Rußlands nach Deutschland gereist sei, um dort die „Revolution zu machen“. Jetzt hat sogar die deutschnationalen Fraktion eine Anfrage an die Regierung gerichtet, nach der sie Auskunft haben will über die Anwesenheit Kadeks in Deutschland, der von Trozki zum Führer der deutschen Roten Armee ernannt sein soll. Zu dieser kindlichen Anfrage der Deutschnationalen braucht man kein Wort hinzuzufügen.

Unbeeinträchtigt von jeder Sachkenntnis wird mindestens jeden Tag einmal ein Gerücht in die Welt gesetzt über einen heiligen Streit zwischen Lenin und Trozki. Irrende Korrespondenten läßt sich aus irgendeiner Lügenzentrale in den Randstaaten melden, daß Lenin die Einberufung der Nationalversammlung durchgeleitet habe. Um in dieser Nationalversammlung eine kommunistische Mehrheit zu erhalten, habe Lenin darauf bestanden, daß Trozki, Bucharin u. a. nach der Krän verbannt würden. Auch über diesen Blödsinn braucht man sich weiter nicht aufzuregen.

Un glaublich aber ist es, daß das offiziöse deutsche Telegraphenbureau, das Wolff-Bureau, die dicksten und dümmsten Lügen über Sowjet-Rußland verbreitet. Folgende Meldung wird vom Wolff-Bureau in die Welt geschickt:

London, 20. Juni.

„Morning Post“ meldet aus Kiew, daß sich der Streit zwischen Trozki und Lenin aufgelöst und daß sich die Spaltung in der russischen kommunistischen Partei weiter entwickelt hat. Nachrichten aus Kiew zufolge erwartet die Macht der Sowjetregierung rasch ab. Jederzeit könnten wichtige Ereignisse erwartet werden.

Des R.A.S. weiß aber sollte wenigstens wissen, daß augenblicklich in Sowjet-Rußland große Kongresse tagen, daß fast täglich Handelsdelegationen nach Rußland reisen, die vollständige Bewegungsfreiheit haben. R.A.S. sollte auch wissen, daß die Mitteilungen dieser Handelsdelegationen nichts von einem nahen Zusammenbruch der Sowjetregierung zu erzählen wissen. Erst in diesen Tagen kehrte eine finnische Handelsdelegation nach Helsinki zurück und konnte einen verhältnismäßig einseitigen Bericht über die politische Lage Sowjet-Rußlands und über die Handelsmöglichkeiten erstatten. Man weiß nicht, ob die Dummsheit oder die Gemeinheit des R.A.S. größer ist.

Mus der Internationale.

An die englischen Kohlearbeiter!

Ihre Genossen! Ich erregt und mit gespanntem Interesse verfolgen wir in Moskau den historischen Zweikampf gegen die hoch gewordene Bourgeoisie. Wir verstehen sehr wohl, daß der Betrug euren Kampf erschwert. Wir ziehen auch in Betracht, daß die Aufforderung zum Kampfe, die ihr angenommen habt, zu einer Zeit an euch erging, in der es besonders schwer ist, zu kämpfen. Und doch sind wir sicher, daß der revolutionäre Schwung, der eure mächtigen Reihen ergriff, euch zum Siege verhilft. Euer Vorgehen, Genossen, ist der Prolog zu einem entscheidenden Kampf zwischen Arbeiter und Kapitalisten, nicht nur in England, sondern in der ganzen Welt, nicht in der Kolonialindustrie allein, sondern in der gesamten Industrie. Es handelt sich jetzt schon nicht um die Besserung eurer Lage, sondern um den Durchbruch der vorgezeichneten Stellungen, um die Entschloßene der ersten Weltkriege, die von eurem und der Weltbewegung

große zu Ihrem Schutze erhebt. Sie hat den Angriff des ...

Das ist der einzige Weg, der jedem ...

Die Gewerkschaften ...

Wir begrüßen auch und ...

Es leben die englischen Kohlenarbeiter ...

Mitteilungen von Delegierten ...

Internationale Konferenz der kommunistischen Frauen.

(Schluß.)

Klara Zetkin erstattete Bericht über die Frage der Gleichberechtigung der Frauen ...

Kur in Sowjet-Rußland ist die Lage der Frauen eine ganz andere ...

In einer kapitalistischen Lande muß die Arbeit ...

Die befehlene Braut.

Friedrich fuhr in die Stadt, um den Sarg zu holen. Es war auch gerade der Bachofen angekommen ...

Nach der Mel. Clara Zetkin ...

Genosse Trocki begrüßte den Kongress ...

Hölz vor dem Moskauer Sondergericht.

Dann wird ein Musterzeuge vorgeführt, der Typus eines moralisch verkommenen Intellektuellen ...

überster Sorte. In Mitteldeutschland hatte er sich vor der Aktion an die Arbeiterschaft herangemacht ...

Er war bei allen Unternehmungen dabei. Nach seiner Darstellung nur deshalb, damit er nicht in Verdacht komme ...

Dieser „Prachtzeuge“ (wir gratulieren dem Staatsanwalt) erzählt dann noch weiter, daß er im Auftrage von Hölz und Schneider in einer Bank in Berlin Gelder beschlagnahmt ...

Die Gerichtsszene wurde zur wirklichen Komödie, als der Vorsitzende folgende Ermunterung an diesen ...

geht um den Kopf des Hölz.

Hölz: „Nein, es handelt sich hier nicht um meinen Kopf ...

Dieser Zeuge, der mit hier Laten andichtet, zu denen ich nie fähig war, hat uns feinerzeit gesagt, er sei Rebakteur ...

gemeiner Gewinnsucht

Als nach einem verlorenen Gefecht unsere Truppen sich wieder formierten, wurde der Zeuge, der immer bei den Führern ...

selbst Plünderungen

vorgenommen hat. Alles, was er heute sagt, ist erlogen und ...

Es werden denn aus der Haft einige Arbeiter vorgeführt, die über die Entziehung des Gutbesizers Heß keine wesentlichen Angaben machen können ...

Der angeklagte Holz verneint sich ...

Wenn Sie meinen Kopf wollen, so holen Sie doch die ...

Vorsitzender: Ich verbitte mir solche Bemerkungen. Der Arbeiter Werner aus Serbitz, der als Zeuge ...

Der Vorsitzende verliest das weitere Verlesen des Artikels. Hölz ruft ihm zu: Sie interessieren sich nur für die ...

Der Gutbesitzer Volze ist von Hölz mit seinem Wagen mitgenommen worden. Hölz ließ dann einen Zeitungsmann ...

Der Zeuge erzählt auch, daß Hölz mit ihm ein feudales Schloß in Besenstadt besucht hätte. Hölz plünderte jedoch nicht, sondern requirierte nur Lebensmittel ...

große Vorräte von Lebensmitteln, vor allem 10 gezeichnete Schweine. Hölz sagte dann zu ihm: „Sehen Sie, in diesem großen Schloß wohnen nur 2 Personen ...

Der Besitzer, der von Hölz und seinen Verteidigern schon früher für befangen erklärt wurde, richtet eine Frage an Hölz. Hölz ruft ihm zu: Sie wissen doch, daß ich Ihnen keine Antwort gebe, Sie Blutsüßer!

Der Zeuge hat auch einen Wöhnungsappell beigegeben, bei dem Hölz jedem einzelnen Mann 50 M. auszuhändigte. Dabei hat Hölz eine Ansprache an seine Truppe gehalten ...

„Wir sind keine Räuberbande,“ ließ er jeden verstehen, der es wagt zu plündern.“ Nach Vernehmung weiterer Zeugen wird nochmals auf Antrag der Verteidiger der Zeuge Uebe vorgeführt.

Verteidiger Heß weist nochmals auf die Widersprüche der in dem Protokoll aufgenommenen Aussagen hin. Als Verteidiger Heß weiter durch Fragen versuchen will, diesen Zeugen öffentlich als Spitzel zu entlarren, bittet Hölz ihn, an diesen Zeugen keine weiteren Fragen zu stellen ...

Hölz ruft: Es wird nun wirklich Zeit, daß dieser Saustall ausgeräumt wird!

Es wird der Besitzer des Schlosses in Besenstadt aufgerufen. Beim Herannahen der Roten Truppen hatte er sich aus dem Staube gemacht. Er muß zugeben, daß sein Schloß nicht gesprengt, sondern völlig unberührt blieb ...

Hölz: Wir waren in der letzten Phase des Kampfes, als die Besessenen mit ihren Rassen vor uns flüchteten, gezwungen auch Wertgegenstände zu beschlagnahmen ...

Hölz: Ich habe nirgends härtere Klassenunterschiede gefunden, als in Besenstadt. Die Proletarier leben dort in ganz anderen Verhältnissen ...

Hölz: Ich habe nirgends härtere Klassenunterschiede gefunden, als in Besenstadt. Die Proletarier leben dort in ganz anderen Verhältnissen ...

Hölz: Ich habe nirgends härtere Klassenunterschiede gefunden, als in Besenstadt. Die Proletarier leben dort in ganz anderen Verhältnissen ...

Hölz: Ich habe nirgends härtere Klassenunterschiede gefunden, als in Besenstadt. Die Proletarier leben dort in ganz anderen Verhältnissen ...

Hölz: Ich habe nirgends härtere Klassenunterschiede gefunden, als in Besenstadt. Die Proletarier leben dort in ganz anderen Verhältnissen ...

Hölz: Ich habe nirgends härtere Klassenunterschiede gefunden, als in Besenstadt. Die Proletarier leben dort in ganz anderen Verhältnissen ...

Hölz: Ich habe nirgends härtere Klassenunterschiede gefunden, als in Besenstadt. Die Proletarier leben dort in ganz anderen Verhältnissen ...

Hölz: Ich habe nirgends härtere Klassenunterschiede gefunden, als in Besenstadt. Die Proletarier leben dort in ganz anderen Verhältnissen ...

Hölz: Ich habe nirgends härtere Klassenunterschiede gefunden, als in Besenstadt. Die Proletarier leben dort in ganz anderen Verhältnissen ...

Hölz: Ich habe nirgends härtere Klassenunterschiede gefunden, als in Besenstadt. Die Proletarier leben dort in ganz anderen Verhältnissen ...

Hölz: Ich habe nirgends härtere Klassenunterschiede gefunden, als in Besenstadt. Die Proletarier leben dort in ganz anderen Verhältnissen ...

zehnmal sterben. Sie empfand keine verliebten Gefühle für ihn und duldete keine Färllichkeiten mehr ...

Die Ernte versprach in diesem Jahre wirklich gut zu werden. Selbst Meta war beinahe zufrieden. Allerdings hätten die Halme etwas dichter stehen können ...

Da kam die Maul- und Klauenseuche. Sie hatte alle acht Höfe des Unterdorfes zur Verförmung, aber sie brach ausgerechnet zuerst im Anding'schen Hause aus ...

sie davon, da es ihr hier zu wenig Geld und zu viel Arbeit im Hause gab. O, was raderlen sich da Friedrich, Meta, Frieda und der alte Emil ab! Es war geradezu ...

Aber endlich erfolgte die Ernte und auch die Ernte kam unter Dach. Man sagt, bei einer guten Ernte bemächtigt sich der Bauern ein Hochgefühl, das sie in ihren eigenen Augen zu Herren der Erde macht ...

Da geschah, was noch schlimmer als die Klauenseuche war. Eines morgens versuchte Frieda ganz vergeblich aufzustehen. Sie war kreuzlahm und konnte sich kaum rühren. Meta stand sehr betrübt an ihrem Bett und erklärte das geheimnisvolle Leiden ihrer Tochter als einen überaus starken Hexenschuß ...

Fort mit den Ausnahmegerichten!

Breslauer Nachrichten Demonstration

Durch die Straßen der Stadt geht ein Zug. Tausende — Männer Frauen — schreiten in gleichem Schritt und Tritt hintereinander. Ihre Gesichter sind ernst, alle mit abgearbeiteten Oberlippen, mit schweißigen Händen, in fadenförmigen, billigen Kleidern — Proletariat — Lohnarbeiter . . .

Sie schreiten in gleichem Tempo hinter dem roten Banner, das ihnen den Weg zeigt. Alle haben den gleichen Weg, alle sind vom gleichen Willen befeuert. Es ist der gemeinsame Wille der Massen, der ihre Schritte lenkt.

Dieser Wille heißt: Wir wollen nicht mehr Sklaven sein, wir wollen nicht mehr aus unseren Leibern und unseren Hirnen den Profit für die Ausbeuter pressen lassen, wir wollen leben als freie Menschen, wir wollen ein menschenwürdiges Dasein führen. Wir wollen arbeiten, um das Leben unserer aller schöner und edler zu gestalten, und dann wollen wir die schöne Welt, die Herrlichkeit des menschlichen Geistes genießen. . .

Dieser Wille heißt jetzt — Kampf. So schreiten sie, Männer und Frauen, kampfbereit hinter dem roten Banner. Der Verkehr stockt, die Bürger sehen ihre übliche „Ordnung“ durchkreuzt, sie staunen, erschrecken . . .

Die Demonstranten schreiten hinter ihrem roten Banner. Der Wille zum Kampf, der Wille zum Sieg ihrer Sache ist das unsichtbare Band, das sie alle miteinander verbindet; wie ein Sturmvolgel schwirrt ihr Kampfwille vor ihnen in der Luft und leuchtet ihre Schritte an: Vorwärts! Zum Kampf und Sieg!

Auflösung des Breslauer Sondergerichts

Wie die „Volksmacht“ vom Sonnabend meldet, hat der Reichsjustizminister Schiffer dem Sozialdemokraten Herrn Müller mitgeteilt, daß das Breslauer Sondergericht in den nächsten Tagen aufgelöst wird.

Das Breslauer Sondergericht, das mit allen Mitteln Verlastungsmaterial gegen die inhaftierten Kommunisten zusammengeführt hat, hatte von Anfang an keine Existenzberechtigung. Wir müssen aber mit aller Entschiedenheit verlangen, daß alle unsere Genossen aus der Haft entlassen werden.

Unser Genosse Karl Weiker, der als der Führer einer „Schwarzen roten Armee“ 2½ Monate in Untersuchungshaft war, ist, weil ihm nicht das Gerinoste nachgewiesen werden konnte, vorige Woche entlassen. Auch gegen die anderen Inhaftierten liegt absolut nichts vor.

Wenn jetzt die weiße Justiz versucht, auf dem Wege des ordentlichen Verfahrens gegen die Kommunisten vorzugehen, müssen sie die Freilassung verlangen. Bei dem bürokratischen Gang der Gerichte würden sie noch monatelang in der Breslauer Bastille sitzen.

Aber wir werden es wohl erleben, daß man das Breslauer Sondergericht solange wird arbeiten lassen, bis die Kommunisten erledigt sind und man an seine Auflösung erst dann herangehen wird, wenn der vom Staatsanwalt des Sondergerichts angekündigte Prozeß gegen die „Tagespost“ daran kommen soll.

Die Firma Lewin und ihre Arbeiter

Vor einigen Tagen wurden zwei Teilhaber der Firma Lewin angeblich wegen Kapitalverschwendung verhaftet, aber gegen eine Kaution von 1½ Millionen wieder freigelassen.

Am Mittwoch versammelten sich nun im Großen Saal des Gewerkschaftshauses die Arbeiter und Angestellten der Firma Lewin.

Der Betriebsratsvorsitzende protestierte gegen die Angriffe des Reichspötkischen Schutzbundes. Darauf ließ sich die Versammlung einen Vortrag von dem Rechtsvertreter der Firma, dem Dr. Riefenseld, halten.

In einer Resolution entrüsteten sich die Arbeiter gegen die Machenschaften, gegen das Treiben verschiedener Kreise. Sie beschwerten, daß die 1500 Angestellten bei einer evtl. Verhaftung, daß der ganze Betrieb eingestellt wird. Sie erklärten, daß, soweit die Arbeiter Einblick in das Geschäftsgebarung haben, sie keine Gefesgesverträge gefunden hätten.

Es ist bezeichnend für eine Verlesung von 1500 Arbeitern und Angestellten, daß sie in ihrem Wunsch und ihrem Bestreben, die Arbeitsgemeinschaft und die Klassenharmonie möglichst zu erhalten, sich auf Grund einer Erklärung des Chefs ohne Vorbehalt für ihn einsehen.

Ganz abgesehen davon, daß die Firma Lewin, deren einer Teilhaber den größten Reichtum Deutschlands hat, und so Millionen verpulvert, sicher, genau wie alle anderen kapitalistischen Firmen während und nach dem Kriege ihre Gewinne aus dem Blut und dem Elend des Volkes gesaugt haben, ist es einer freigeberischen organisierten Arbeiterklasse unwürdig, den Kampf seiner Ausbeuter zu machen.

Die Arbeiter der Firma Lewin hätten die Frage ganz anders stellen sollen.

Sie hätten verlangen sollen: Der Betriebsrat wird beauftragt mit Hilfe vereidigter Buchprüfer das ganze Geschäftsgebarung der Firma zu kontrollieren. Werden Unterschlagungen, Steuerverhinderungen und andere Delikte festgestellt, dann nur die Sanktionen mit den Kriegsgewinnern. Der Betrieb aber wird weitergeführt durch die Arbeiter mit Hilfe der Angestellten.

Sind keine Verfehlungen vorgekommen, was bei einem millionenschweren Kriegsgewinnler eine Seltenheit ist, dann haben die Betriebsräte durch ihre Kontrolle einen Einblick in das Geschäftsgebarung gewonnen; sie können verlangen, daß ein größerer Teil als wie jetzt den Arbeitern und Angestellten zugute kommt. Selbst auf die Gefahr, daß Herr Lewin 16 Kampfscheine weniger laufen läßt.

Bezeichnend für die „Volksmacht“ ist es, daß sie die Protestaktion der Arbeiter der Firma Lewin kommentarlos wieder gibt. Bei der Einstellung der „Volksmacht“ zur Arbeitsgemeinschaft und zur Klassenharmonie ist es nicht zu verwundern.

Für sie gilt der Grundsatz: alles in Ruhe durch die Bürokraten der Gewerkschaften geregelt; die Arbeiter verstehen ja doch nichts davon.

Literatur

S. J. Sassen: „Die Lehren des Bürgerkrieges.“ Verlag Carl Hoyer-Roch, Louis Capabley, Hamburg 11. Preis 2,50 Mark.

Die sozialistische Literatur ist arm an Schriften, die dem Proletariat Erfahrungen aus der Praxis des Bürgerkrieges vermitteln. Das erklärt sich daraus, daß im Zeitalter der sozialistischen Revolutionen der Bürgerkrieg in veränderten Formen auftritt als es früher der Fall war, und aus diesem Grunde auch noch nicht entsprechend studiert und untersucht werden konnte. Daher ist die Arbeit des Verfassers vorliegendes Buches, der in seiner Schrift die Bilanz des dreijährigen Bürgerkrieges in Rußland zieht, von um so größerer Bedeutung; nicht allein in geschichtlich-wissenschaftlicher, sondern noch viel mehr in politisch-praktischer Hinsicht. Ganz besonders aber gilt dies für Deutschland, wo die konterrevolutionären Organisationen, wie z. B. die „Orghesch“, die militärischen Lehren des russischen Bürgerkrieges viel mehr beachten, als die Arbeiterorganisationen dies tun. Viel Neues und ungemein Wertvolles an praktischen Hinweisen für den organisatorischen Auf- und Umbau, sowie die Kampfstategie einer proletarischen Armee ist in der Schrift enthalten, deren Wert noch dadurch erhöht wird, daß sie Perspektiven gibt, für eine neue, noch im Werden begriffene Zukunftsstrategie der revolutionären Kriegsführung, die vielleicht berufen sein wird, die bisher noch überlegene Kriegskunst der alten Heere zu brechen.

Alle hier besprochenen Bücher sind zu beziehen durch die kommunistische Bucherei, Breslau, Gräbichener Straße.

Aus der Provinz Arbeiter-Korrespondenz

Nr. 2 ist erschienen. Wir fordern alle Genossen, besonders die, die mit der Landbevölkerung in Verührung kommen, auf, dieselbe zum Preise von 30 Pfennig in der kommunistischen Bucherei, Breslau, Gräbichener Straße 45 zu bestellen.

Die Arbeitslosigkeit auf dem Lande

A. R. Dem heuchlerischen Wohlgeschrei der Junker zum Trost hält die Arbeitslosigkeit auf dem Lande selbst in den Frühjahrs- und Sommermonaten an. Nach dem letzten vom Reichsarbeitsministerium herausgegebenen „Reichsarbeitsblatt“ Nr. 18 standen auf den Arbeitsnachweisen für Landwirtschaft und Gärtnerei gegenüber:

44 480 Arbeitsgesuche,
35 993 offene Stellen.

Für land- und forstwirtschaftliche Arbeiter kamen im April 1920 auf 100 offene Stellen 106 Arbeitsangebote, im April 1921 jedoch 119!

Bergarbeiter! Werft die verräterische „Bergwacht“ zur Tür hinaus!

Diese Arbeitslosigkeit besteht jedoch fast ausschließlich für männliche Arbeitskräfte. Für weibliche ist es umgekehrt. Im großagrarischen Ostpreußen stehen z. B. 935 offene Stellen nur 86 suchende weibliche Arbeitskräfte gegenüber, im großagrarischen Pommern ist das Verhältnis sogar 1702:19!

Dieser Zustand ist eine Folge des Profitcharakters der heutigen Wirtschaftsweise. Der Junker verzichtet auf männliche Arbeitskräfte, obwohl es fast auf allen Gütern an ihnen fehlt; er verzichtet auf sie, weil selbst die erbärmlichen Tarifhöhe ihm „zu hoch“ sind. Aber er sucht nach weiblichen Arbeitskräften, weil diese meist nur die Hälfte des Lohnes der männlichen erhalten — und im allgemeinen dennoch die gleiche Arbeit leisten.

Fort mit diesen Schandzuständen!
Her mit dem gleichen Lohn für Landarbeiter und Landarbeiterinnen!
Her mit der Einstellung aller entlassenen Arbeitskräfte!
Fort mit der Ausbeutung der Kinder!
Für diese Forderungen muß der „Deutsche Landarbeiter-Berband“ mobil gemacht werden!

Bad Salzbrunn!

Jammern des Salzenburger Kohlenreviers regt unruhig von lieblichen bewaldeten Höhen, wie eine Oase, das Bad Salzbrunn.

Sanftes Leben pulst hier. Sogenannte Mineralquellen geben hier ihre Kräfte zur Behandlung der Menschen her. — Sogenannte Kräfte — nicht aber für die, die in größter Nähe das schwarze Gold jagte fördern. Für sie ist Salzbrunn ein blühendes Kurmännchen.

Hier ist und geniest die Bourgeoisie. Hier erhoht sich die „goldene Jugend“ bei Konzert und Tennisplatz, bei Wein- und Cocktailgelagen bei Long und Kart. — Gefunde, starke Frauen von 25-30 Jahren, gegen die eine Bergarbeiterfrau von 30 einem Brod gleich, lachen hier „Erholung“!

Auch der Arzt ist hier, der eigentlich der Freund der Menschheit sein sollte, zum geschäftsmächtigen Kapitalisten geworden. — Hebrald hünden es vor den Häusern Schilder an, daß es hier unter der Aufsicht des Dr. Gombas die beste häusliche Küche gäbe.

Kaisersch, Autos, Reitsperbe, prächtige Kleider und Gemäuer, kurz, faste Zufriedenheit der Bourgeoisie.

Des Abends, wenn im Kurpark die schönsten Konzerte stattfinden und für deren Eintritt man 3 Mark zahlen muß, wenn man die Proben der Gelehrtheit ihren Reizungen nachgehen, dann jammern die Proletarier, Frauen und Männer, Mädchen und Jungen, an dem Kurparkrande. Die Reibels berühren sich an dem Klang der anderen — die letzte Klammerschlafion wird wieder noch — träumen von dem reichen Mann, der sie gern als Diner nehmen wird, aber nicht als seine Frau.

Die Jungen aber, sie äffen jenen Bourgeoisensöhnen nach, sie wollen sich die Rollen dieser Reibels aneignen, sie wollen auch reich sein.

Oh, ihr Aermsten! Zeigt nicht eure schmale Brust, euer schmales Gesicht, euer abgearbeiteten Körper, die Folgen schwerer Arbeit.

Tuberkulose, Nicht, Asthma, Rheumatismus belastet euch! Eure Kinder haben große Augenhöhlen! Eure Frauen gehen gebildet!

Eure Wohnungen sind schwarze Höhlen, hier aber stehen Paläste für die anderen. Seid eingebend eurer Macht! Ihr seid die Kraft, Ihr habt die Paläste geschaffen, darin die anderen wohnen.

Eure Kranken liegen auf elenden Strohsäcken. Hier wohnen Gefunde in Palästen. Für euch gibt es keine Medikamente. Hier sprudeln die Quellen, Geschenke der Natur, nicht aber für eure Erholung und Kräftigung. Ihr kämpft Wochen lang um einige Bettelpennige, euer karges Leben besser stricken zu können.

Was ist euer Leben, die ihr in der Erde, fern vom Licht, der Sonne, schaffet? Mit 40 Jahren seid ihr verbraucht! In nächster Nähe sprudeln gegenpendende Quellen, die auch euch Gesundheit geben könnten. Doch ihr müht schafften, auf daß die Drohnen leben können, daß die Stützen der Gesellschaft das genießen, was euch mehr Kraft zur Arbeit geben könnte.

Für euch gibts Sipo, Maschinengewehre und Gefängnis! — Vergeht nicht die Tage, die verflissen! Bad Salzbrunn ist die Gegenrechnung eurer Kämpfe, eures Elends!

Wann aber werden sich eure Kinder, eure kranken Frauen erholen und stärken können, wann werdet ihr Befundung finden durch die Schätze der Natur?

Nur euer Kampf bringt euch die Freiheit. Nur euer Kampf gibt die Natur euch wieder!

Sozialdemokratische Denunzianten

In Deutsch-Ossa fand am Sonnabend eine von der S.P.D. einberufene öffentliche Versammlung statt. Ein Breslauer Arbeitersekretär ging auf die internationale Wirtschaftskrise ein und betonte die Notwendigkeit des Verbleibens Oberschlesiens bei Deutschland. Er stellte fest, daß auf Grund der Krise die Haltung der Sozialdemokraten in Parlament und Regierung die richtige wäre. Das deutsche Volk müsse auf Grund des Ultimatus die Mehrbelastung durch Steuern usw. ertragen. Die Sozialdemokraten sollten dafür sorgen, daß die Besteuerung mit „aller Schürfe“ einbezogen werden. Wie alle sozialdemokratischen Redner in Schlesien machte auch der „langjährige, verdiente Arbeitersekretär“ gegen die im Saal anwesende kommunistische Opposition scharf. Die unglaublichsten Dinge unterschob er den Kommunisten.

Ein Genosse der S.P.D. trat dem S.P.D.-Mann in der Diskussion gegenüber. Er sagte, wenn die Arbeiter noch einmal 50 Jahre so weiter arbeiten würden, wie es der Referent gewünscht hat, daß sie sich in ihrem Kampfe beschränken auf die Aufklärung die Organisierung der Massen, ohne dem Gedanken der Nachterzeugung näher zu treten, werden die Arbeiter untergehen in Elend und Not ohne die Möglichkeit der Regeneration. Höchstens Arbeitersekretäre oder Gewerkschaftsführer könnten ein erträgliches Leben führen. Die Arbeiterklasse müsse kämpfen, bei Strafe des Unterganges um die politische und wirtschaftliche Macht, oder untergehen.

In seinem Schlusswort erging sich der „gebildete“ Arbeitersekretär, seinem Oberhäuptling Macho folgend der im Bergkeller kürzlich unseren Gen. Genisch denunzierte, in den gemeinsten Beleidigungen gegen die „kommunistischen Zigeuner“, von denen man nicht wisse, woher und wohin. Diese Leute seien alle Verbrecher; die Führer standen bei ausbrechenden Kämpfen nicht zu den Massen. Er beschimpfte direkt die Gen. Riedknecht, Brandler usw. Diese sozialdemokratischen Halunken unterstützen in jeder Weise die Politik in ihrer Jagd auf das kommunistische Feindbild und scheuen vor den gemeinsten Denunziationen nicht zurück.

Versammlungskalender

Ortsgruppe Neu-Salzbrunn, Mittwoch, 22. Juni, für Mittagsschicht früh 9 Uhr, und für die Frühlingschicht nachmittags 6 Uhr, im Gasthof „Fürstentbrunn“. Zusammenkunft aller Genossen. Jeder muß erscheinen. Kein Genosse darf fehlen.

Verantw. Redakteur: Fritz Sommerfeld, Berlin. — Verlag: Soz.-Verlag, c. G. m. H., Breslau. Druck: Felix Koll, GmbH., Berlin S. 14.

Der gute
Hennig-Creme
überall erhältlich
H. Hennig, Hinterbleiche 5-6

Bestellschein
Ich bestelle hiermit . . . Exempl. der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“. Geldsendungen an den Sozialistischen Verlag, Postfach 23 885 Breslau oder an die Vertrauensleute.
Name: _____
Wohnung: _____
Straße Nr. _____ bei _____
von _____ Hof _____ Quergebäude _____ Seitenflügel _____
Truppen links _____ rechts _____
Bestellungen nehmen alle Postanstalten sowie die Zeitungsgeschäfte entgegen.